

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Zu den Wahlen am 20. Mai.

Der Deutsche Reichstag ist am 31. März aufgelöst worden. Er war das Parlament des Bürgerblocks, der politischen und kulturellen Reaktion. Schonung des Besitzes und weitgehende Abbildung aller Lasten auf die Schultern der breiten Masse war das Leitmotiv seiner sozial-, wirtschafts- und steuerpolitischen Gesetzgebung. Nun gilt es, einen neuen Reichstag, in einzelnen Ländern neue Landtage zu wählen.

Am 20. Mai hat das deutsche Volk, hat die deutsche Arbeiterschaft über die Zusammensetzung des neuen Reichstages zu entscheiden.

Vom Ausgang der Wahl hängt nicht nur der außen- und innerpolitische Kurs ab, der in den nächsten vier Jahren in Deutschland gesteuert werden soll. Am 20. Mai wird in erster Linie über die Richtung der Wirtschaftspolitik, über Stillstand oder Ausbau der Sozialpolitik entschieden.

Der Wahlausfall ist entscheidend für die Frage, ob durch eine von den Rechtsparteien geforderte Hochschulzollpolitik, Fleisch, Brot, Kartoffeln, Zucker und alle sonstigen Nahrungsmittel verteuert, ob durch wucherische Preissteigerungen und indirekte Steuern der Reallohn gesenkt, ob durch hohe Industriezölle gewissen Interessengruppen hohe Sondergewinne zugeschanzt oder ob durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik der internationale Austausch gefördert, die Kaufkraft auf dem Binnenmarkt gestärkt und der Massenwohlstand gehoben werden soll.

Der neue Reichstag hat das Arbeitsschutzgesetz zu beschließen und dabei eine für längere Zeit geltende gesetzliche Arbeitszeitregelung vorzunehmen. Von

seiner Zusammensetzung wird es abhängen, ob die Sehnsucht der deutschen Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag als Normalarbeitstag erfüllt, oder ob wieder so viele Ausnahmen zugelassen werden, daß der Achtstundentag selbst zur Ausnahme wird. Diese Stellungnahme wird nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte internationale Sozialpolitik von ausschlaggebender Bedeutung sein. Neben der Arbeitszeitfrage wird über die Fragen der Arbeitsaufficht und des Arbeiterschutzes entschieden werden.

Der neue Reichstag hat Stellung zu nehmen zur Bildung des Reichswirtschaftsrates und zu den Forderungen der Gewerkschaften auf Mitbeteiligung der Arbeiterschaft an der Gestaltung und Führung der Wirtschaft.

Im Berufsausbildungsgesetz sollen die Forderungen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Jugendverbände verwirklicht werden. Die Fragen der Jugendausbildung und des Jugendschutzes werden nur dann den Erwartungen der werklätigen Jugend entsprechen, wenn die Arbeiterschaft den ihr gebührenden Einfluß im Parlament hat.

Darüber hinaus verlangen die Gewerkschaften den Erlaß eines Tarif- und eines Arbeitsvertragsgesetzes, Weiterbildung und Vereinheitlichung des gesamten Arbeitsrechts, Ausbau der Sozialversicherung und der vorbeugenden Gesundheitspflege. Die immer noch bestehende Wohnungsnot erfordert eine planmäßige Wohnungsfürsorge, Ausgestaltung des Mieterschutzes und Schaffung eines sozialen Wohnrechts.

Dieser kurze Hinweis auf die vom nächsten Reichstag zu behandelnden Fragen zeigt, wie stark die Gewerkschaften am Ausfall der Wahl interessiert sein müssen. Die Arbeiterschaft hat selbst darüber zu entscheiden, ob die Arbeit der Gewerkschaften durch einen arbeiterfreundlichen Reichstag gefördert oder durch einen politisch und sozialreaktionären Reichstag gehemmt werden soll. An der Arbeiterschaft liegt es, die Kandidaten der Partei zu wählen, die die Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Hebung der materiellen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeiter unterstützt hat, die jederzeit mit voller Ueberzeugung für die Sache der Arbeiter eingetreten ist und den Kampf um die Befreiung der Arbeiterschaft führt. Das ist nach unserer festen und innersten Ueberzeugung einzig und allein die Sozialdemokratische Partei.

Politische Macht, wirtschaftlichen Einfluß und Hebung ihrer sozialen Lage kann die Arbeiterschaft nur erreichen durch hingebende, aufbauende, sich gegenseitig ergänzende Arbeit ihrer gewerkschaftlichen Organisationen und parlamentarischen Vertretungen. Einig und geschlossen müssen die Reihen der Arbeiterschaft bei diesem entscheidenden Wahlkampfe dastehen.

Darum empfehlen wir unsern wahlberechtigten Verbandskollegen,

für die Liste der Sozialdemokratischen Partei zu werben und zu stimmen.

Tragt auch Ihr bei, Kollegen, daß ein Reichstag gewählt wird, der die Wohlfahrt und den Aufstieg des werklätigen Volkes nicht mit schönen Worten abtut, sondern zum obersten Gebot seiner Handlungen macht.

Die Unternehmer und die politischen Kämpfe.

Die Wahlkämpfe in den letzten Wochen haben alle Kreise der Bevölkerung erfaßt. Jede Berufsschicht ist sich im großen und ganzen über deren Bedeutung klar. Die Staatsgewalt wächst immer mehr, weshalb jede Klasse den Versuch macht, Einfluß auf die politischen Geschicke zu gewinnen. In diesem Zusammenhang kann auch die Frage untersucht werden, wie die Unternehmer sich zu derartigen politischen Kämpfen stellen und wie sie aktiv in diese eingreifen.

Sieht man die Listen der Parlamentsmitglieder durch, so wird man sehr wenig Industrielle, Bankiers und Handelsherren darunter finden. Diejenigen Herren, die im Wirtschaftsleben, in den großen wirtschaftlichen Verbänden, in den großen Werken usw. an erster Stelle stehen, halten sich in der Regel von aktiver politischer Betätigung fern. Es ist dies öfteren, doch vergebens, an sie der Ruf ergangen, sich am politischen Leben zu beteiligen. Nach der Staatsumwälzung waren Hugo Stinnes, Albert Vögeler und andere als Reichstagsabgeordnete aufgestellt und gewählt. Wer sich jene Zeiten ins Gedächtnis ruft, wird nicht sagen können, daß diese Herren des öfteren die Parlamentstribüne bestiegen hätten, um dort ihre Ansicht kundzutun und das Staatsgetriebe von dieser Stelle aus zu beeinflussen.

Dem Kenner der Kräfteverteilung im modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben verwundert eine derartige Passivität nicht. Das Wesen des modernen Staates wird nicht allein von den politischen Faktoren bestimmt. Im stillen wirkende Kräfte der Wirtschaft sind es, die nachhaltig auf den Gang der Staatsgeschäfte einwirken. Man hat in Deutschland lange Zeit von einer Stinnesrepublik gesprochen, weil dieser Mann als der Inbegriff des Willens der Unternehmer galt und diese Gruppe weitestgehend eine ungeheure Bedeutung nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im politischen und gesellschaftlichen Leben besaß.

Auf der andern Seite hat man des öfteren von einer Nebenregierung der Gewerkschaften gesprochen. Rechtsgerichtete Zeitungen und ausgesprochene Unternehmerorgane wurden nicht müde, immer und immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß die Gewerkschaften auf den Gang der politischen Geschäfte einen großen Einfluß auszuüben in der Lage seien. Zweifellos traf dies zu; denn

eine solche Massenorganisation wie die Gewerkschaften kann natürlich, selbst bei politischen Entscheidungen, nicht übergangen werden, sitemalen 75 % aller politischen Fragen einen wirtschaftlichen Untergrund haben. Hiermit sollte dargetan werden, daß die großen Organisationen der Wirtschaft und des sozialen Lebens von sich aus wirken und ihre Bedeutung selbst in der Politik behalten werden.

Wenn auch die Unternehmer in Deutschland als politische Akteure weniger in Erscheinung treten, so stehen sie natürlich selbst bei politischen Kämpfen nicht abseits. Sie haben in allen Parteien rechts der Sozialdemokratie ihre Vertreter, die als Syndikus oder sonstwie mit ihnen in direkten Beziehungen stehen. Als ausgesprochene Parteien der Unternehmerinteressen können die Deutschnationale und die Volkspartei angesehen werden. Die Deutschnationale Volkspartei ist bekanntlich die Nachfolgerin der Konservativen und der Freikonservativen, während die Deutsche Volkspartei im wesentlichen diejenigen Gruppen vertritt, die sich früher um die nationalliberale Partei scharten. Auch das Zentrum hat Vertreter der Unternehmer in seinen Reihen. Desgleichen die Demokratische Partei.

Es galt früher als ganz selbstverständlich, daß die den rechtsgerichteten Parteien entstehenden Wahlkosten von den Unternehmern beziehungsweise den Industrie-, Handels- und Verkehrsfirimen gezahlt wurden. Die zu diesem Zweck zusammengekommenen Beträge gingen nicht in kleinen Portionen ein, wie beispielsweise die Sammellisten der Arbeiterpartei, sondern es wurden von einzelnen Firmen und Personen ganz gewaltige Summen auf einmal gezahlt. Im Jahre 1906 wurde zum Beispiel im Ruhrgebiet ein Zirkular bekannt, das unter anderem folgendes enthielt: „In der gestrigen Zusammenkunft der Vertreter der in den Kreisen Dortmund und Hörde gelegenen Fachen wurde einstimmig beschlossen, zum Wahlfonds für die bevorstehende Reichstagswahl einen Beitrag von 1,50 M pro 1000 Tomen der vorjährigen Förderung zu zahlen. . . Dieser Beitrag zum Wahlfonds ist einzuzahlen beim Dortmunder Bankverein. . . Am Verwechslungen zu vermeiden, sind die Jahresbeiträge für den Nationalliberalen Parteiensonds bei der Essener Credit-Anstalt zu Dortmund einzuzahlen“. Das ist ein Beispiel für viele und beweist, daß die Industrie mit den ausgerichteten Parteien auch schon damals nahe verwandt war. Bekannt

ist auch der Versuch des damaligen Staatssekretärs Posadowski, der um die Jahrhundertwende von den Schwerindustriellen 12 000 M erbettelte, um die Zuchhausvorlage durchzuführen.

So war es früher. In der neueren Zeit ist es nicht anders. Auch beim diesmaligen Wahlkampf ist es schon verschiedentlich bekanntgeworden, daß die Unternehmerorganisationen ihre Mitglieder angehalten haben, zum Wahlfonds der rechtsgerichteten Parteien ansehnliche Summen beizusteuern. Handelte es sich früher um einige tausend Mark, so wird es sich, dessen sind wir sicher, diesmal um Millionenbeträge handeln, die die Industrie, die Banken, der Handel und Verkehr zu den politischen Kämpfen beisteuern. Die Parlamentswahlen der nächsten Zeit werden also auch unter Einfluß gewaltiger Mittel seitens der Unternehmer geführt werden. Die Herren klagen zwar, daß die Wirtschaft so schlecht geht, daß nichts verdient würde und die Ersparnisse der Nationalisierung für Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter drauf gingen. Aber das hindert nicht daran, daß sie unter Aufwand gewaltiger Mittel bestrebt sind, um Parlamente zusammenzubringen, die den Unternehmern genehm sind. Dieser Wahlkampf wird gewaltige Mittel verschlingen. Die silbernen Kugeln der Unternehmer werden den Ausschlag geben und den Hauptteil der Wahlkosten bei den Rechtsparteien ausmachen.

Es geht um die Macht im Staate. Das freie Wahlrecht hat nicht das gebracht, was wir erhofft haben. Was wären die Deutschnationalen, die Volkspartei und all die andern für ein winziges Häufchen, wenn sie nicht den gewaltigen Zugang aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bekommen würden? Diese Kälber, die sich ihre Metzger selber wählen, werden durch einen ungeheuren Propagandaapparat gewonnen. Dieser Apparat wird von den Unternehmern bezahlt. Die Voraussetzungen eines freien Wahlrechts sind politische Reife und eigene Urteilsfähigkeit. Daß es hieran sehr mangelhaft dürfte allgemein bekannt sein. Die gewaltigen Mittel der Unternehmer werden im Wahlkampf eingesetzt, um den Einfluß der Arbeiterklasse im Parlament zu vermindern. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich deshalb materiell und ideell für die Sozialdemokratie einsehen, damit ein Gegengewicht entsteht und die Gelder der Unternehmer nutzlos verpulvert werden.

Der Verband bietet Hilfe in allen Lebenslagen!

den kann und soll. Wie wahr dies ist, zeigt ein Kommentar eines bürgerlichen Blattes über die diesjährigen Malfestern...

Ein Grund dieser Erscheinung dürfte darin zu suchen sein, daß das Ziel, für das einst am 1. Mai in der Hauptsache demonstriert worden war, der Achtstundentag, seine gesetzhafte Festlegung fand und daher nicht mehr als Gegenstand von öffentlichen Kundgebungen sich eignete...

Was die große Hingabe der Arbeiterklasse an das Prinzip des Achtstundentages betrifft, so hat das Blatt sicherlich recht, hingegen möge es uns im Hinblick auf das amerikanische Beispiel gestatten, an die Stelle der „gewonnenen“ Abweichungen wegen „wirtschaftlicher Notwendigkeiten“ die „wirtschaftliche Unsäglichkeit des europäischen Unternehmertums“ zu setzen.

Beruf und Charakter.

Daß der Beruf, der den Menschen einen großen Teil des Tages Jahr für Jahr in Anspruch nimmt, auf das Wesen des Menschen einwirkt, ist nicht zu verwundern. Wie sehr dann aber in den Jahren, die von besonderer Bedeutung für die Menschenwerdung sind, in den Entwicklungsjahren, in denen der junge Mensch innerlich geradezu das Gegenteil möchte von dem, was der harte Zwang des heutigen Arbeitslebens verlangt!

Es ist überaus wichtig, diese Zusammenhänge zu erkennen. Die Zukunft der proletarischen Bewegung hängt zum Teil von der richtigen Erkenntnis dieser Beziehungen zwischen Beruf und Charakter ab.

Am besten führt uns der bekannte Jugendforscher W. Hoffmann in seinem neu aufgelegten Werke über die Reifezeit in diese Materie ein. Besonders wertvoll sind diese seine Ausführungen für uns, weil er im besonderen die Arbeiterjugend behandelt und weil er seiner Aufgabe mit einer wahren Liebe zur Jugend dient.

Und die Beziehungen dieses jugendlichen Wesens zur Arbeiterbewegung? „Wiederholt hatte ich Gelegenheit“, so schreibt Hoffmann über dieses Problem, „die Entwicklung junger Leute zu beobachten, die sich zunächst als Vorkämpfer jugendlicher Ideale fühlten und am Ende der Pubertät dieselbe flache Auffassung annahmen, die sie zuvor leidenschaftlich bekämpft hatten.“

Wir können diese Entwicklung leider oft beobachten, und sie erzwingt, wenn wir diese bedauernde Ursache kennen, unser unbedingtes Verständnis. Aber gerade aus dieser Ursache heraus erkennen wir auch ein Mittel zur Besserung dieser innerlichen Not.

gewerkschaftliche Jugendbewegung ist darum ein wichtiges Glied der Gewerkschaftsbewegung, und so manche Aelteren, die vielleicht treue Gewerkschaftskollegen sind, schäbigen dennoch unbewußt die eigene Bewegung, wenn sie ihre Söhne und Töchter nicht den gewerkschaftlichen Jugendgruppen zuleiten, in die sie im Interesse ihrer selbst und der gewerkschaftlichen Gesamtbewegung gehören.

Organisierte Auertreiberei.

Wir mußten schon mehrfach die Dreistigkeit festnageln, mit der die kommunistische Partei sich in unsere Organisationsangelegenheiten mischte. So sucht man vor unseren Generalversammlungen gewöhnlich die Wahlen zu beeinflussen, damit nur parteiamtlich abgestempelte Delegierte gewählt und diese auf die bekannten gewerkschaftsfeindlichen kommunistischen Parolen festgelegt werden.

Die sogenannte Gewerkschaftsabteilung des erwähnten Zentralkomitees sandte am 25. Januar ein „Rundschreiben an die Fraktionen im Verband der Maler und Anstreicher“...

Zum Schluß des Rundschreibens heißt es dann noch: „Die Fraktionen müssen umgehend in einer Sitzung zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen Stellung nehmen...“

Wir können diese Entwicklung leider oft beobachten, und sie erzwingt, wenn wir diese bedauernde Ursache kennen, unser unbedingtes Verständnis. Aber gerade aus dieser Ursache heraus erkennen wir auch ein Mittel zur Besserung dieser innerlichen Not.

Wir vermuten, daß man im Generallstab der APD, von dem Ergebnis dieser „Aufforderung“ nicht allzu erbaut gewesen ist und inzwischen vielleicht auch erfahren hat, daß sich unsere Filialen mit nur ganz vereinzelten Ausnahmen, trotzdem ganz selbstverständlich nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten...

Das hier gekennzeichnete Vorgehen zeigt wieder einmal, wie diese Partei glaubt, unsere Gewerkschaften für ihre Organisationszwecke mißbrauchen zu können, unbekümmert darum, ob die beteiligten Arbeiter dadurch größten Schaden leiden...

Um zu dokumentieren, daß sie auch in dieser Hinsicht treu zu unserer Organisation stehen, die ständig vorwärtschreitet, werden unsere Kollegen am 20. Mai die richtigen Konsequenzen ziehen und auf die Liebeswerbungen der kommunistischen Partei nicht hereinfallen.

Die erste Bundeschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beginnt demnächst in Bernau bei Berlin mit dem Bau seiner ersten Bundeschule. Diese Schule gibt den Kurzen der dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften eine Heimstätte. Es handelt sich vornehmlich um Einführungskurse von vierwöchiger Dauer für die ehrenamtlichen Helfer und Mitarbeiter sowie für Betriebsräte...

Die Schule ist ein Internat und kann 120 Personen aufnehmen. Die Besucher der Schule wohnen und arbeiten in einfachen, aber wohnlich und harmonisch eingerichteten Einzelzimmern für je zwei Personen. Die Kosten für den Aufenthalt tragen die entsendenden Verbände...

Ein „fauler Kopf“ ist natürlich ansonsten mit allerhand zweifelhaften Fähigkeiten begabt und an Untugenden reich. Der Volksmund charakterisiert: Er ist faul und genäpigt wie ein Lakai. Und mit sichtlichem Behagen singen es muntere Gesellen dem Faulen von der Junst zum Hohn:

So porträtiert den Faulen in seiner „Faulheit“ auch Johann Erbes: Ein fauler schafft nichts und frist doch in die Wette; deswegen schadt er mehr, als lag er krank zu Bette.

So ist diese edle Kumpanei in einem der vielen Sinnprüche im Berliner Rathaus öffentlich angehängt. Wilhelm Müllers epigrammatische „Arbeitsregel“ ironisiert nur den Erfolg der faulenzenden Maulhelden:

Arbeit und schrei, Du bekommst für zwei, Arbeit und schweige, Dir bleibt die Reige. Seitlich mag sich Schreier allenfalls sich durchsehen, aber es wird doch ruckbar, wie hoch und windig seine Phrasen sind...

Faul in der Arbeit, fleißig im Beten, — Orgelspiel ohne Balgetreten! Wie Salomon versichert: Er kriegt es doch nicht, der Faule, sein Beklingel bleibt unerhört.

„Den Faulen wird man nicht zur Arbeit zwingen, er fürchtet jede Schwierigkeit“, diese Weisheit aus Bhabriharris Sprüchen von Peter von Bohlen ist auch Volksgut. „Vorwärts! Arbeit!“ gliosiert der Mann in der Werkstatt den Kumpel, der sich erst mal „die Arbeit von allen Seiten beguckt“...

So ist son'n Bursche an der Arbeitsstelle mehr hinderlich, als förderlich. Aber so faul er ist, so wenig mund-faul ist er. „Fulheit erdenkt ein Wort bald“ (Seb. Brant, Narrenschiff), um Ausreden ist der Faule nie verlegen, und an anderer Stelle seines Kapitels über „Frakheit und fulheit“ höhnt dieser Straßburger Geißler...

Wenn die deutsche Mutter dem Kind den Segen der Arbeit und die Lust an Zulangen malt, dann sagt sie ihm: Verschiebe nichts auf morgen, was du heute kannst besorgen. Morgen, morgen, nur nicht heute, sagen alle faulen Leute. Der Volksmund erfährt die Unlust des Faulen zur frohen Tat so: Des Faulen Werktag ist immer morgen, sein Ruh-tag heute.

Jede Stadt hat ihren eigenen Typ von Nichtstuern, wie ihn Christoph Lehmann in seinem politischen Blumen-garten kennzeichnet: Der Faul sucht ein Herrn, der ihm in der Woch noch sieben Fepertag gibt. Berlin hat seinen „Rante“, Hamburg seinen „Hoppenmarktslauf“ und Köln

seine „Rheinkadetten“. Es sind Figuren, um deren Laten-losigkeit sich viel Lustiges spinnt. „Müd männer“ nennt sie der Volksmund. Von den vielen Wisen um sie seien zwei Kölner Einfälle angeführt:

Auf der Straße ist dem Köbes vor seinem Wagen das Pferd zusammengebrochen, und der Köbes fordert den des Weges daher schlendernden Schäl auf, mit anzufassen, das Tier wieder auf die Beine zu bringen. „Ich kann niet“, entgegnet der Schäl, und erklärt auf die erstannte Frage nach dem Warumnicht: „Ich han grad de Häng in 'er Täsche (ich habe gerade die Hände in der Tasche).“

„Lünnes und Schäl angehn. Da sagt der Schäl: „Lünnes, donn mich ens ner Örm (gib mir mal nen Örm).“ Darauf der Lünnes: „Wat ist dat denn?“ Sagt der Schäl: „Frog niet lang, donn mich ens ner Örm.“ Der Lünnes: „Frog Örm? Wat is dat, ner Örm? Ah,“ geht ihm ein Licht auf, „du meins wil ner Worm, wat?“ „Ejo,“ macht der Schäl gebröhnt, „nu donn er mich als hier (gib ihn mit ner schon her).“ Da wundert sich der Lünnes: „Ja, Mensch, warum sagst de dat denn nich gleich?“ Da beendet der Müd mann von Schäl die lange Konversation um den Buch-staben W mit der Erklärung: „Oh, do bin ich ze möd för...“

Lessing sang das „Loblied der Faulheit“, auf die der Bürgermann sichelte:

Faulheit, jeho will ich dir Auch ein kleines Loblied bringen, — O... wie... sau... er wird es mir, Dich... nach Würden... zu besingen! Doch ich will mein Bestes tun: Nach der Arbeit ist gut ruhn. Höchstes Gut! Wer dich nur hat, Dessen ungefürttes Leben — Ach!... ich... gäh... ich... werde matt... Nun... so... magst... du... mir's vergeben. Daß ich dich nicht singen kann — Du verbindst mich ja dran!

Kollegen! Werbt für Eure Berufsorganisation!

Berufsunfälle

Berlin. In der Fabrik für zahnärztliche Instrumente, N. Fresche, Neukölln, erfolgte am 2. Mai die Explosion eines Lackierofens, die den Tod unseres Kollegen Domshke zur Folge hatte. Drei andere Arbeiter erlitten leichtere Verletzungen. Die Explosion erfolgte in dem Lackierraum, in dem zwei mit Gas heizbare Trockenöfen stehen. Die Ursachen der Explosion konnten noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Die Staatsanwaltschaft hat sich der Sache angenommen.

Wir haben in letzter Zeit schon mehrere Male Unglücksfälle registrieren müssen, die durch Ofenexplosionen verursacht waren. Die Gewerbeaufsicht scheint aus diesen Unfällen noch nicht den Schluß gezogen zu haben, daß es endlich an der Zeit wäre, die Verwendung von direkt beheizten Gasöfen in Lackierereien zu verbieten. Selbst die für Berlin bestehenden Richtlinien zur Bedienung der Lackieröfen können Unfälle nicht ganz ausschließen. Was wir wünschen und fordern, ist, daß die gasgeheizten Öfen endlich durch Öfen mit indirekter Beheizung, Dampf oder Heißwasser, ersetzt werden. Wenn auch diese nicht absolut explosionsicher sind, so bieten sie der Arbeiterschaft doch einen verhältnismäßig größeren Schutz gegen Unfälle.

Hannover. Am 5. Mai stürzte Kollege G. Koch von einer Trittleiter und zog sich einen Bruch des rechten Unterarmes zu.

Baugewerbliches

Ausbildungskurse für Baukontrolleure.

Auf Anregung der Gewerkschaften hat im Februar d. J. der preussische Landtag das Staatsministerium ersucht, Kurse für die weitere Ausbildung der Baukontrolleure einzurichten. Der Wohlfahrtsminister bemüht sich jetzt, dem Wunsche des Landtages durch den nachstehenden, an die Regierungspräsidenten gerichteten Erlaß Rechnung zu tragen:

Berlin, 13. April 1928.
Unter dem 15. April 1907 — III. B. 8. 128 — hat der Minister der öffentlichen Arbeiten im Hinblick auf die zuweilen mangelhafte technische Vorbildung von Hilfsbeamten der Baupolizei, die mit der örtlichen Bewachung von Bauausführungen betraut sind, ersucht, auf eine Weiterbildung der Betreffenden durch Unterrichtskurse hinzuwirken.

Es erscheint angebracht, die infolge dieses Erlasses aufgenommenen, mit Beginn des Krieges wieder eingeschlagenen Bestrebungen, die sich nach den Berichten der Herren Regierungspräsidenten vielerorts als notwendig erweisen konnten und bewährt haben, wieder aufzunehmen; insbesondere darf erwartet werden, daß solche Kurse dazu beitragen werden, die Unfallverhütungsmassnahmen im Baugewerbe zu vervollkommen. Zu den damaligen Hilfsbeamten der Baupolizei, den technischen Baukontrolleuren, sind die Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande getreten; sie werden in diesen Kurzen besonders zu berücksichtigen sein. Der Landtag hat durch Annahme eines Entschliessungsantrages das Staatsministerium um die Weiterbildung der Baukontrolleure ausdrücklich ersucht.

Ich ersuche, einer solchen Einrichtung, soweit tunlich, wieder näherzutreten und behalte mir weitere Anregungen dazu vor.

Die Weiterbildung der Baukontrolleure ist als Angelegenheit sächlicher Polizeikosten zu betrachten, bei denen die Bereitstellung staatlicher Mittel nicht in Frage kommt.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt.
gez.: Hirtliefer.

11. 8. Nr. 500/28.

Es wäre besser gewesen, der Minister hätte in dem Erlaß sofort über Art und Umfang der Kurse genaue Anweisungen gegeben, anstatt sich nur weitere Anregungen vorzubehalten. Jetzt wird wahrscheinlich der Erlaß des Ministers von einer Anzahl Regierungspräsidenten den Gemeinden zur Kenntnis gebracht mit dem Ersuchen, sinngemäß zu verfahren. Auf diese Weise wird der durch den Entschliessungsantrag des Landtages beabsichtigte Zweck kaum erreicht werden. Es darf nicht jeder Gemeinde überlassen bleiben, die Weiterbildung ihrer Baupolizeiorgane nach Gutdünken vorzunehmen oder vielleicht gar davon Abstand zu nehmen, weil sie eine weitere Ausbildung dieser Personen für nicht erforderlich erachtet. Wenn die Kurse Erfolg haben sollen, müssen sie für den Bereich eines Regierungsbezirkes abgehalten werden. Auch muß für geeignete Lehrkräfte gesorgt werden. Nur so dürften die Teilnehmer Gelegenheit haben, ihr Wissen zu bereichern, durch gemeinsame Besprechung dienstlicher Angelegenheiten die Verhältnisse in anderen Orten kennenzulernen und daraus für die eigene Tätigkeit Nutzen zu ziehen. Bei einem solchen Vorgehen werden auch die Kosten für die einzelnen Gemeinden sehr gering sein.

Wie die angeordnete Weiterbildung der Baukontrolleure durchgeführt werden wird, muß vorerst abgewartet werden. Wir werden aber darauf achten, ob die nachgeordneten Behörden den Anregungen des Wohlfahrtsministers nachkommen. Die bisherigen Erlasse des Ministers auf Einstellung von Baukontrolleuren sind nicht kamer von den nachgeordneten Stellen strikte durchgeführt worden. Es ist daher anzunehmen, daß auch der Weiterbildung der Baukontrolleure nicht das erforderliche Interesse entgegengebracht wird.

Gewerkschaftliches

Schafft geeignete Kollegen zur Vertretung vor den Arbeitsgerichten!

Je mehr das große Reformwerk Arbeitsrecht Tatkunde wird, desto mehr müssen die Gewerkschaften den Versuch machen, aus sich heraus Kräfte zu entwickeln, die diesen

Fragenkomplex in allen Teilen beherrschen. Ist erst einmal ein Gesetz zur Durchführung gelangt, dann kommt es darauf an, es in der Praxis für die Arbeiterschaft wirksam werden zu lassen. Dies kann nur geschehen, wenn dazu geeignete Gewerkschaftskollegen sich mit Interesse und Fleiß in die neuen Fragen vertiefen. Die Klagen vor den Arbeitsgerichten haben desto größere Aussicht auf Erfolg, wenn sie geschickt vertreten werden. Im Heft 5 der „Mitteilungen der Industrie- und Handelskammern von Berlin“ befindet sich ein Artikel eines Amtsgerichtsrats über „Die Prozessvertretung vor den Arbeitsgerichten“. Darin heißt es unter anderem: „Es ist nicht zu verkennen, daß sowohl unter den Vertretern der Arbeitgeberchaft wie der Arbeitnehmerchaft sich sehr geschickte und erfahrene Ver-

Werbung.

Komm! das sei ein Zauberwort an die vielen, die noch zagen, die nach der Erleichterung fragen und im Zwang sind fort und fort.

Komm! das sei ein Brudergruß durch Fabriken, Haus und Hütten, jeder, der mit dir gelitten, er begreift wie du das Muß.

Wenn dein Beispiel ihn bezwingt, wenn dein Wort zu ihm die Brücke, dann verschleucht es Trug und Tücke, und es macht euch gleichbeschwingt.

Komm! verstärke unser Heer! Werden wir aus Leidgenossen notgefügte Streitgenossen! Und so kommen immer mehr.

Komm! das ist das Zauberwort! Auf die Freiheit warten viele, kommt ihr, kommen wir zum Ziele, sind wir um so schneller dort.

Julius Zerfall.

händler befinden. Teilweise sind aber auch völlig ungeeignete Kräfte darunter, denen die Partei ihre Prozessführung anvertrauen muß, weil sie sich nach dem Gesetz nicht durch andere, geeignetere Personen vertreten lassen kann. Die Güte der Prozessvertretung hängt also ganz von der Eignung des betreffenden Organisationsvertreters ab... Selbst der beste Organisationsvertreter wird da, wo es sich nur um Rechtsfragen handelt, als Prozessbevollmächtigter verfallen können und müssen, weil es ihm an den Rechtsgrundlagen fehlt, die vielfach für die Entscheidungen maßgebend sind. Das bringt es mit sich, daß in derartigen Fällen gerade von den tatsächlichen Unterlagen für den Rechtsstreit leicht Wesentliches nicht vorgebracht wird, weil der Vertreter oder die Partei nicht ahnt, welche Bedeutung die betreffenden Umstände für den Prozeß haben.“

Der berechnete Kern dieser Aeußerungen dürfte nicht zu verkennen sein. Abgelehnt werden muß die Forderung, daß sich hieraus die Notwendigkeit ergebe, Anwälte mit der Vertretung vor dem Arbeitsgericht zu betrauen. Der Verfasser bricht weiter eine Lanze für die Unorganisierten, denen es sehr schlecht möglich sei, sich vor dem Arbeitsgericht vertreten zu lassen. Er stellt die Forderung auf, den Unorganisierten durch die Zulassung von Anwälten Rechtsvertreter an die Hand zu geben. Unseres Erachtens sind die Unorganisierten weder zu bedauern, noch sind ihrerwegen die Gesetzesbestimmungen zu ändern. Wer sich bewußt außerhalb der Reihen der Organisierten stellt, verzichtet darauf, irgend welchen Einfluß auszuüben und bildet ein Hemmnis der kulturellen Entwicklung. Rücksichten sind hier nicht am Platze. Über zweifellos recht hat der Artikelshreiber der „Mitteilungen“, wenn er sagt, daß die Güte der Prozessvertretung von der Eignung des betreffenden Organisationsvertreters abhängt. Deshalb kann nicht oft genug die Forderung erhoben werden: Schafft Spezialisten des Arbeitsrechts, damit die Belange der Arbeiter und Angestellten vor dem Arbeitsgericht auch wirksam vertreten werden können!

Verdiente Gewerkschaftskämpfer. Am 1. Mai 1928 war der Genosse Friß Krieg vom Verbands der Lebensmittel- und Getränkearbeiter 30 Jahre Gewerkschaftsredakteur. 1898 übernahm Krieg die Redaktion der „Brauerzeitung“ und behielt sein Amt auch bei den verschiedenen Verschmelzungen mit andern Verbänden. Wir beglückwünschen Genossen Krieg zu seinem Jubiläum. — Im Deutschen Holzarbeiterverband wurde am 1. Mai das Jubiläum des Genossen Wilhelm Schneegäß gefeiert, der an diesem Tage seit 30 Jahren Verbandsangestellter war. Schneegäß ist 64 Jahre alt und gehört seinem Verbands seit 44 Jahren an. Er hat sein Bestes zum kulturellen Aufstieg seiner Berufsgenossen gegeben. Den Glückwünschen seiner Verbandskollegen schließen wir uns an.

Der Vorsitzende des Deutschen Sattler-, Tapezierer und Portefeuller-Verbandes, Genosse Peter Blum, konnte am 1. Mai sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsangestellter feiern. Am 1. Mai 1903 wurde der Jubilar als Sekretär des ehemaligen Sattlerverbandes angestellt, nachdem er seit 1891 schon in Berlin ver-

schiedene Vertrauensposten bekleidet hatte. Blum war als Angestellter rege beteiligt an der Verschmelzung mit den Portefeullern im Jahre 1909, mit den Tapezierern 1920 und trug wesentlich zur Entwicklung seines Verbandes bei, wie er auch allzeit in der Arbeiterbewegung seine Pflicht erfüllte. Im Jahre 1922 betrauten ihn die Sozialdemokraten in Epenick mit dem Ehrenamt eines unbesoldeten Stadtrates. Am 17. Juni kann der Jubilar seinen 65. Geburtstag feiern und freudig entbieten wir unserm alten lieben Freund die besten Glückwünsche!

Oskar Sabath 65 Jahre. Am 1. Mai vollendete der Vorsitzende des Berliner Gewerkschaftsausschusses, Oskar Sabath, sein 65. Lebensjahr. Von Beruf Schneider wurde er schon 1892 als Geschäftsführer der Hamburger Verwaltungsstelle des Schneiderverbandes gewählt. 1898 bestimmte ihn der Berliner Gewerkschaftskongreß zum zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 1902 wurde Sabath Redakteur des Schneiderverbandes und hatte diesen Posten inne bis zu seiner 1920 erfolgten Wahl in sein jetziges Amt. Wie rühmlich Genosse Sabath heute noch ist, beweist, daß er von der Berliner Arbeiterschaft erneut als aussichtsreicher Kandidat für den Preussischen Landtag aufgestellt wurde.

Siebenstundentag und Arbeitslosigkeit in Rußland. Im Oktober des vergangenen Jahres wurde gelegentlich des zehnjährigen Jubiläums der Sowjetrepublik die allmähliche Einführung des Siebenstundentages in den Industriebetrieben angekündigt. Seitdem sind mehrere Verordnungen beziehungsweise Regierungserklärungen erlassen worden, die darauf schließen lassen, daß die Einführung des siebenstündigen Arbeitstages auf längere Zeit hinausgeschoben wird. Wenn trotzdem mit der Einführung des Siebenstundentages in absehbarer Zeit zu rechnen ist, so in erster Linie mit Rücksicht auf das Ueberangebot von Arbeitskräften, das in Sowjetrußland von Jahr zu Jahr zunimmt. Der gewaltige Bevölkerungszuwachs — jährlich drei Millionen Personen — kann in der russischen Produktion nicht untergebracht werden. In der Staatsindustrie ist die Zahl der Industriearbeiter 1924/25 noch um 286 000, 1925/26 um 453 000, 1926/27 aber nur um 107 000 vermehrt worden, im Voranschlag für das Jahr 1927/28 rechnet man nur mit einer Zunahme der Industriearbeiter um 50 000. In dem Wirtschaftsplan, der vom Obersten Volkswirtschaftsrat für die nächsten fünf Jahre aufgestellt wurde, wird die Steigerung der Zahl der Industriearbeiter von gegenwärtig 1,88 Millionen auf 2,27 Millionen des kaufmännischen und technischen Personals von 207 000 auf 251 000 geschätzt. Gegenwärtig sind etwa zwei Millionen Arbeitslose vorhanden, die die Städte überfüllen, also ungefähr soviel, als in der Staatsindustrie überhaupt beschäftigt sind. Unter solchen Umständen erscheint die Einführung des Siebenstundentages als ein Mittel, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ hält es auf Grund seiner Informationen für nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetregierung eines Tages aus dem gleichen Grunde zum Sechsstundentag übergehen wird. Eine Steigerung des Nominal- und Reallohns des einzelnen Arbeiters ist dann natürlich unter den russischen Verhältnissen, das heißt bei der geringen Kapitalausstattung pro Kopf des Arbeiters, unmöglich, und die Steigerung der Produktion kann dann nur die Gesamtlohnsumme der Arbeiterschaft vermehren.

Genossenschaftliches

Völkerverbindende Wirtschaftskultur.

Es ist keine ernsthaft zu bestreitende Tatsache mehr, daß enge wirtschaftliche Verbindungen der Völker untereinander sehr viel mehr zu ihrer Verständigung und zum dauernden Frieden beitragen können, als die besten Diplomaten der Welt zusammengenommen. Zu diesen wirtschaftlichen Verbindungen ist indes die privatkapitalistische Wirtschaftskonkurrenz auf dem Weltmarkt nicht zu rechnen. Denn ihre logische Folgerung hat der Weltkrieg mit furchtbarer Deutlichkeit aufgezeigt, der im wesentlichen nichts anderes gewesen ist als der machtpolitische Kampf um den Kapitalprofit. Beweis: die internationalen Kartelle der privatkapitalistischen Wirtschaft — vor allem der Eisen- und Stahlindustrie usw. — suchen statt dieser machtpolitischen Auseinandersetzung, die das Kapital „haben wie dräben“ zerstört und damit auch den Profit, die Beute gemeinsam zu teilen. Was aber immer wieder nur auf Kosten der beteiligten Völker geschehen kann. Woraus sich ergibt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem als eine Art Egoismus und Charabdis im internationalen Wirtschaftsverkehr mit die Wahl läßt zwischen dem Krieg und dem Wirtschaftsertrag oder der gemeinschaftlichen Wirtschaftsdiktatur über die Völker.

Anders das genossenschaftliche Wirtschaftssystem. In dem es seinem Wesen nach, das heißt grundsätzlich, das Spekulationselement und den Gewinn am Dritten ausschaltet, die die charakterisierenden Eigenschaften der kapitalistischen Wirtschaft bedeuten, beseitigt es zugleich die Elemente machtpolitischer Konkurrenzfragen und wirkt als völkerverbindende Wirtschaftskultur.

Diese Auffassung beginnt aus dem Reich der Theorie in den Geschichtskreis praktischer Tatkunden zu treten. Wunsch und Wille werden Wirklichkeit. Die Internationale Großenkauf-Gesellschaft der Konsumgenossenschaften, die in 32 Ländern der Welt über 50 000 Genossenschaften mit etwa 35 Millionen Mitgliedern (Familien) zählt, pflegt bereits einen internationalen genossenschaftlichen Geschäftsverkehr, an dem 19 Staaten der Welt mit zum Teil erheblichem Umfang beteiligt sind. Am Gesamtbeitrag des Umsatzes von rund 1 Milliarde = 1000 Millionen Goldmark im zweiten Halbjahr 1927 haben die Großenkaufgesellschaften in England und Schottland mit 400 Millionen Mark Umsatz, Rußland mit 42 und Deutschland mit 30 Millionen Mark den Löwenanteil geleistet. Ist auch, gemessen am allgemeinen Weltwirtschaftsverkehr,

noch ein verhältnismäßig kleiner Umsatz, so enthält er doch schon bemerkenswerte Ansätze der Entwicklung einer Wirtschaftskultur, die dem wahren Wesen einer Menschheitskultur der Völker entspricht.

Von Interesse ist auch die Klassifizierung der Waren, die zwischen den beteiligten Konsumgenossenschaftlichen Großhandelsfirmen „gehandelt“ beziehungsweise vermittelt werden, und zwar: Getreide, Getreideprodukte, Zucker, Erbsen, Saatgut, Bohnen, tierische Fette, Meiereiprodukte, Pflanzen- und Mineralöle, Kolonialwaren, fette und konzentrierte Früchte, Fische, Käse, Textil- und Manufakturwaren, Holz, Mineralien, Chemikalien und Faserstoffe. Wie man sieht, fast lauter Konsumartikel des täglichen Lebens, während Luxusartikel gänzlich ausfallen, von denen der englische Genossenschaftstheoretiker L. Wolf in seiner Schrift „Sozialismus und Genossenschaftswesen“ sagt, daß sie zu neun Zehntel unnütze Vergewendung volkswirtschaftlicher Werte bedeuten.

In dem Maße nun, wie unter der Entwicklung der erst zwei Jahre alten Internationalen Großhandelsfirmen der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsverkehr zwischen den Völkern zunimmt, entwickelt sich auch die völkerverbindende Wirtschaftskultur als ein Friedensfaktor ersten Ranges. Denn nur der internationale Kapitalprofiit entwickelt seine letzte Konsequenz im Gas- und Oskrieg der Zukunft. Und nichts ist so sehr geeignet, die Bedeutung des internationalen Wirtschaftsverkehrs der Genossenschaften gerade um die Zeit des 1. Mai herum eindringlich zu manifestieren, als derselbe neben der politischen und gewerkschaftlichen Zielsetzung der organisierten Arbeiterklasse das dritte Element der Befriedung der Völker bildet.

Darum: Stärkt die Konsumgenossenschaften!

Sozialpolitisches

Beschäftigungsgrad und Absatz der deutschen Industrie Anfang Mai.

Noch haben die Konjunkturpessimisten Unrecht behalten, denn nach wie vor kann die Gesamtlage der Wirtschaft als befriedigend bezeichnet werden. Gewiß läßt die Inlandskonjunktur vielfach etwas nach. Dieser Umstand kann allerdings abgeschwächt werden, je mehr das Heer der Arbeitslosen sich vermindert. Der Arbeitsmarkt zeigt eine merkliche Besserung. Eines günstigen Geschäftsganges erfreuen sich insbesondere die Elektroindustrie, einige Zweige der chemischen Industrie, die Maschinenindustrie, Spezialerzeugnisse der Metallindustrie und einige andere. Es ist nicht zu verkennen, daß sich in den Konsumgüterindustrien eine verschlechterte Lage bemerkbar macht, die Nachfrage nachläßt und demgemäß der Beschäftigungsgrad beeinflusst wird. Da ist es ein sehr günstiges Zeichen, daß die Ausführfähigkeit nach wie vor eine steigende Linie zeigt. Dadurch kann die fehlende Inlandsnachfrage zum Teil wettgemacht werden. Die deutsche Industrie beginnt sich erfreulicherweise auf den Weltmärkten durchzusetzen. Daß die Wirtschaftslage auch in Zukunft noch günstig bleiben wird, darauf deuten verschiedene Merkmale hin. So hat zum Beispiel der Güterverkehr auf der Reichsbahn im März gegenüber dem Vormonat arbeitstätig um 5% zugenommen. Auch im April hat der Warenumschlag die Höhe des Vormonats beibehalten. Ein günstiges Moment liegt unzweifelhaft in der Einfuhr von Rohstoffen und hier vermittelt die nachstehende Aufstellung ein klares Bild. Die Einfuhr von den nachfolgenden Rohstoffen betrug in Millionen Reichsmark:

Table with 5 columns: Rohstoff, Monatsdurchschnitt 1926, 1927, 1928, März 1928. Rows include Wolle, Baumwolle, Obstfrüchte, Kupfer.

Die Einfuhr dieser in Deutschland zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe war in den ersten Monaten dieses Jahres höher als im Durchschnitt der beiden vorhergehenden Jahre. Die Rohstoffzufuhr gilt mit Recht als ein Merkmal der Konjunkturentwicklung. Nachstehende Zusammenstellung ermöglicht einen Gesamtüberblick über den Beschäftigungsgrad und gibt ein Bild über die geforderte Lage der einzelnen Industrien:

Im Kohlenbergbau ist der Inlandsabsatz leicht zurückgegangen, der Beschäftigungsgrad blieb unverändert befriedigend. Der Inlandsabsatz der Eisen- und Stahlindustrie war zum Teil saisonmäßig belebt, der Beschäftigungsgrad befriedigend. Die Maschinenindustrie hat einen weiter befriedigenden Geschäftsgang, der Beschäftigungsgrad und der Inlandsabsatz haben sich zum Teil etwas gebessert. In der Metallwarenindustrie ist der Beschäftigungsgrad und der Absatz unverändert befriedigend. In der Kleisenindustrie läßt der Absatz nach, der Beschäftigungsgrad ist dementsprechend. Der Beschäftigungsgrad in der Automobilindustrie ist im allgemeinen zufriedenstellend, der Absatz befriedigend. Es herrscht starke Nachfrage nach kleinen Fahrzeugtypen. Einen guten Beschäftigungsgrad und einen lebhaften Inlandsabsatz hatte die Elektroindustrie zu verzeichnen. Die Fahrradindustrie klagt über mangelnde Beschäftigung und ungenügenden Absatz. In der Spielwarenindustrie war der Beschäftigungsgrad unzureichend und der Absatz befriedigend. Die optische Industrie hat steigende Umsätze namentlich in Photoartikeln. Im Baugewerbe hat sich die Beschäftigung gebessert, ist aber wie vor allem im Malergewerbe, noch keineswegs als befriedigend zu bezeichnen. Die Zementindustrie hat einen steigenden Beschäftigungsgrad, der Absatz ist befriedigend. In den Glashütten ist der Absatz normal, der Beschäftigungsgrad zufriedenstellend. Die Beschäftigung in der Holzindustrie ist im ganzen leicht rückgängig, der Absatz nachlassend; nur für Baustoffe besser. In der Papierindustrie ist die Beschäftigung und der Absatz unverändert befriedigend. Die Kammgarn-, Wollspinnerei- und Webereien sind im ganzen noch für einige Zeit beschäftigt, doch wird schon teilweise Kurzarbeit geleistet; Neuaufträge werden zurückgehalten. Der Absatz in der Tuchindustrie ist nachlassend,

die Beschäftigung jedoch meist noch befriedigend. Die Baumwollspinnereien und -Webereien sind fast durchgängig nur für wenige Wochen beschäftigt, der Absatz ist uneinheitlich, aber zumeist noch befriedigend. Die Leinenindustrie muß zum Teil weiltäre Betriebsbeschränkungen vornehmen, der Inlandsabsatz ist wenig befriedigend. Der Beschäftigungsgrad in der Seidenindustrie ist ruhig, der Absatz in Saisonartikeln belebter. Die Juteindustrie ist für einige Monate voll beschäftigt. Umfangreiche Neubestellungen, besonders aus der Kallindustrie sind zu erledigen. Die Kunstseidenindustrie hat einen guten Beschäftigungsgrad und lebhaften Absatz. Die Strumpf- und Wirkwarenindustrie ist größtenteils noch auf längere Zeit beschäftigt; der Absatz ist etwas nachlassend. Die Lederindustrie ist im allgemeinen befriedigend beschäftigt und hat einen zufriedenstellenden Absatz. Der Beschäftigungsgrad der Schuhfabriken ist eingeschränkt, der Absatz ist nicht befriedigend. Die Chemische Industrie hat einen guten Beschäftigungsgrad und einen befriedigenden Inlandsabsatz. Der Beschäftigungsgrad sowie der Inlandsabsatz der Stickstoffindustrie sind befriedigend. Die Kallindustrie ist befriedigend beschäftigt und hat einen guten Inlandsabsatz. Die Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabriken haben einen guten Beschäftigungsgrad und einen günstigen Absatz. Die Brauereien sind gut beschäftigt. Der Absatz ist befriedigend.

Die Lage der deutschen Wirtschaft hat sich mithin bis Anfang Mai auf den bisherigen Stand gehalten. Im einzelnen sind allerdings Verschiebungen vorgekommen. Doch ist es wenig wahrscheinlich, daß in den nächsten Monaten eine wesentliche Verschlechterung eintreten wird.

Ueber die Bedeutung des Inlandsmarktes.

Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß der Inlandsmarkt das gewaltige Sammelbecken sei, in das die erzeugten Warenmassen abströmen könnten. Die Unternehmer können diese Tatsache nicht bestreiten, aber sie sind der Ansicht, daß die Exportfähigkeit vor allem aufrecht erhalten werden müsse. Exportfähig sei nur diejenige Industrie, die billige und gute Waren zu erzeugen in der Lage sei. Und billig könnte man nur erzeugen, wenn die Arbeitslöhne in gewissen Grenzen gehalten würden.

Niedrige Löhne und ein aufnahmefähiger Inlandsmarkt schließen sich aber gegenseitig aus. Eine Wilsenwahrheit, die man eigentlich nicht auszusprechen brauchte. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften erstrebt die Erhöhung des Lebensstandards. Sie hat neben dem noch den großen Vorteil, daß sie den Grad des industriellen Wachstums verstärkt, infolgedessen die Produktionsanlagen ausgenutzt werden können und die Produktion als Ganzes sich dadurch billiger stellt. Auf diese Vorteile weist nun auch die Disconto-Gesellschaft in ihrem Wirtschaftsbericht vom 1. Mai mit folgenden Worten hin:

„Wenn auch der Inlandsmarkt für die meisten Industrien weitaus der größte Kunde ist, so wird er andererseits in dem Maße, wie er sich verbreitert und durch die damit mögliche Produktionserhöhung die Gesehungskosten senkt, zu einer nicht hoch genug einzuschätzenden Stütze für die Exportfähigkeit. Allerdings gilt das gleiche auch für die Industrieländer, die mit uns auf dem Weltmarkt konkurrieren. Besonders bei den Vereinigten Staaten ist in den letzten Jahren deutlich zu beobachten, daß mit gesteigerter Massenproduktion für den enorm aufnahmefähigen Inlandsmarkt viele Industrien ihren Kraftüberfluß zur Ausdehnung ihres Exports benutzen. — Ein weiteres Moment, das den deutschen Export gefördert hat, ist psychologischer Art: Die Bereitwilligkeit des Auslandes, deutsche Waren zu kaufen, die unter den Nachwirkungen des Krieges und der antideutschen Propaganda sehr gelitten hatte, ist wieder hergestellt. In die Stelle politischer Sentiments sind wieder wirtschaftliche Überlegungen getreten, und die Qualität der deutschen Ware bewährt sich als Werbemittel.“

Somit wird die Bedeutung des Inlandsmarktes selbst von dieser Seite anerkannt und speziell auch der Nebenwirkung gedacht, wie die Gesehungskosten gesenkt werden können. Die Auslassung der Disconto-Gesellschaft bestätigt vollinhaltlich das, was die Gewerkschaften in dieser Frage seit langem gepredigt haben.

Zum Problem des Preisniveaus.

Nach der Behauptung der Unternehmer sind die Löhne zu hoch. Sie beeinträchtigen das Geschäftsergebnis und die Gewinnbildung der Unternehmungen ganz gewaltig. Die Arbeiterschaft ist bekanntlich anderer Meinung. Sie vertritt namentlich den Standpunkt, daß die Lohnbildung im Jahre 1927 günstig für die Unternehmungen gewesen ist und dadurch die Arbeiterschaft von den Ergebnissen einer guten Konjunktur ausgeschlossen wurde. Dies wird auch in klarer Weise von einer unparteiischen Stelle ausgesprochen. In der „Sparkasse“, Zeitschrift für das Sparkassen- und kommunale Bankwesen, vom 1. Mai finden wir folgende bezeichnende Stelle:

„War die Lohnbildung 1927 ungünstig für die Industrie? Produktion von Produktionsmitteln erfordert Arbeitskräfte. Mehrproduktion also zusätzliche Arbeitskräfte. Sie wurden in den Produktionsprozess einbezogen. Was war natürlicher, als daß infolge der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften die Löhne anjagen? Ist das nicht der „natürliche Ablauf“ der Dinge, der eben nicht bloß für den Waren-, sondern auch für den Arbeitsmarkt gilt? Und war es der Industrie so unangenehm, daß in dieser Zeit rasch wachsender Beschäftigung die Tarifverträge noch bis in das Frühjahr 1928 hineinliefen und Lohnerhöhungen für sehr breite Arbeiterschichten auslösten? Aber auch ohne Lohnerhöhungen mußte natürlich die Gesamtlohnsumme und daher die Produktion oder die Einfuhr von Konsumgütern wachsen. Waren nun noch größere Investitionen im Jahre 1927 möglich? Offenbar nur durch Kapitalimport, der ja erfolgte, in diesem Falle aber nicht zur Einfuhr von Konsumgütern, sondern von Produktionsmitteln die Grundlage geboten hätte. Aus der eigenen Wirtschaft hätte eine weitere Kapitalbildung nur bei geringerer Lohnsumme und geringerem Unternehmerkonsum stattfinden können. In diesem Falle wäre die Nachfrage nach Konsumgütern ge-

lunken, aber doch hätten im Inland aus eigenen Basisprodukten mehr Produktionsmittel nicht erzeugt werden können. Es hätten also Fertiggüter exportiert werden müssen, um Produktionsmittel, insbesondere Eisen und Stahl, einzuführen. War nun ein solcher Export von Fertiggütern zu den Preisen des Inlandsmarktes möglich? Offenkundig liegt hier die Schwierigkeit, wie wir überhaupt in allen Fragen des internationalen Handelsverkehrs und der Kapitalbildung in Deutschland immer wieder auf das Problem des Preisniveaus stoßen.“

Wir glauben, daß diesen durchaus klaren Worten nichts hinzuzufügen ist.

Arbeiterversicherung

Die internationale Ausbreitung der Krankenversicherung. Das Internationale Arbeitsamt hat kürzlich eine internationale Uebersicht über die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit in den verschiedenen Ländern veröffentlicht. Gegenwärtig ist die Krankenversicherung in 23 Ländern eingeführt, mit Ausnahme von Chile und Japan sämtlich in Europa. Bekanntlich hat auch die französische Kammer kürzlich die Einführung der Zwangsversicherung beschlossen. Australien, Südafrika und Brasilien dürften Frankreich bald folgen. In Italien hat die neue Arbeitsverfassung die Einführung einer Krankenversicherung als erwünscht bezeichnet. Als erster Schritt wurde die Zwangsversicherung gegen Berufskrankheiten und Tuberkulose eingeführt. In den Vereinigten Staaten besteht keine Krankenversicherung, weder im Bund noch in den Gliedstaaten. In den meisten Ländern erstreckt sich die Krankenversicherung nur auf Lohn- und Gehaltsempfänger. Nur in drei Ländern — Schweiz, Portugal und Chile — sind sämtliche Arbeiter beziehungsweise sämtliche Erwerbsfähige mit niedrigen Einkommen eingeschlossen. Große Unterschiede bestehen in bezug auf den Anteil der Gesamtbevölkerung an der Krankenversicherung. In Japan und Ostland sind 3%, in Oesterreich und Großbritannien 35% der Bevölkerung von der zwangswelken Krankenversicherung erfasst. Für landwirtschaftliche Arbeiter besteht nur in 12, für Hausangestellte in 15 Ländern eine Zwangsversicherung. Die Zahl der Länder, wo auch die Familienmitglieder der Versicherten im Krankheitsfall ärztliche Behandlung erhalten, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Familienangehörigen der Versicherten haben in Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien einen Rechtsanspruch auf ärztliche Behandlung, in anderen Ländern steht den Krankenkassen nur das Recht zu, ihre Leistungen auch auf Familienangehörige auszuweihen, wovon mit Ausnahme Großbritanniens die meisten Staaten, wie Deutschland und Luxemburg, einen ausgiebigen Gebrauch machen. Die versicherten Arbeiter müssen in sämtlichen Ländern Beiträge zahlen, mit Ausnahme von Rußland, wo die Beiträge allein von den Unternehmern aufgebracht werden. Auch die Unternehmer werden in sämtlichen Ländern zur Beitragstellung gezoogen, mit Ausnahme von Rumänien und der Schweiz. Der Staat beteiligt sich an der Beitragleistung nur in fünf Ländern: Bulgarien, Chile, Lettland, Litauen und Norwegen, in acht Ländern steuert er nur in Form von Unterstühtungen bei oder trägt die Kosten für bestimmte Sonderleistungen. Der Gedanke der Schaffung von großen Gesehngemeinschaften durch Erfassung einer möglichst großen Anzahl von Arbeitnehmern der verschiedensten Industriezweige gewinnt dauernd an Boden gegenüber den Versicherungssystemen, die sich nur auf bestimmte Industriezweige erstrecken oder aber nur einen kleinen Kreis von Versicherten umfassen.

Mogeleien von Arbeitgebern in der Krankenversicherung.

In einer Anzahl von Fällen stellt sich bei einem Vergleich der in den Arbeitgeberbescheinigungen für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung angegebenen Lohnhöhe, deren Richtigkeit natürlich von den Arbeitnehmern nachgeprüft wird, mit dem von den Arbeitgebern gegenüber den Krankenkassen angegebenen Arbeitsverdienst der Versicherten heraus, daß der letztere — zwecks Beitragssparnissen — zu niedrig angegeben wurde. Das hat bereits vor mehreren Wochen den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu einem Rundschreiben an die Landesarbeitsämter und öffentlichen Arbeitsnachweise veranlaßt, in dem es heißt:

„Offenbar werden Arbeitnehmer nicht selten mit einem geringeren Arbeitsverdienst als dem tatsächlichen, der später in der Arbeitgeberbescheinigung angegeben wird, zur Krankenversicherung angemeldet, und es werden infolgedessen für sie zu geringe Beiträge zur Reichsanstalt geleistet. Diese Unstimmigkeit führt zwar nicht dazu, daß der Arbeitslose, wenn er tatsächlich den höheren Arbeitsverdienst bezogen hat, in die niedrigere, seinen Beiträgen entsprechende Lohnklasse eingestuft wird — diese Folge hat auch der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung in seiner Sitzung vom 21. Februar 1928 verneint —, wohl aber müssen die Beiträge nachentrichtet werden, die zu wenig geleistet worden sind. Ich bitte die Landesarbeitsämter und die öffentlichen Arbeitsnachweise, auf dieser Machehebung zu bestehen und in geeigneten Fällen auch eine Bestrafung der Arbeitgeber wegen der falschen Anmeldeung herbeizuführen.“

Natürlich bleiben die Arbeitnehmer bei solcher vom Präsidenten der Reichsanstalt geforderten Nachentrichtung von Beiträgen in jedem Falle außer Betracht.

Aus den Arbeitsgerichten

rd. Kündigung eines nicht ordnungsmäßig gewählten Betriebsratsmitgliedes. Die Wahlordnung zum Betriebsratgesetz bestimmt, daß die Gültigkeit der Wahlen während der Dauer des Ausschusses des Wahlergebnisses angefochten werden kann. — Die Anfechtung hat nach dem Betriebsratgesetz bei dem zuständigen Arbeitsgericht zu erfolgen.

Ein Arbeiter war nun — entgegen den gesetzlichen Bestimmungen — zum Mitglied der Betriebsvertretung gewählt worden, wiewohl er dem fraglichen Betriebe noch nicht 6 Mo-

